

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates
vom Dienstag, den 24. April 2007

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer: König/Napieralla

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Platzer, Rauscher, Schurer und sowie die Stadträte Abinger, August, Berberich, Brilmayer, Heilbrunner, Lachner, Mühlfenzl, Riedl, Schechner Andreas, Schechner Martin jun., Schechner Martin sen. und Schuder.

Entschuldigt fehlten stellv. Bürgermeister Ried, Stadträtinnen Dr. Luther und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Gietl, Krug und Nagler

Herr König und Herr Napieralla nahm beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest.

Es lagen keine Bürgeranfragen vor.

TOP 1

Vorstellung neuer Mitarbeiter

öffentlich

Frau Karbstein, städtisches Standesamt, und Frau Duschl, Rathaus-EDV, stellten sich persönlich im Sitzungssaal dem Stadtrat vor. Das Gremium wünschte den neuen Mitarbeiterinnen mit einem Applaus alles Gute für ihre zukünftige Tätigkeit in der Stadtverwaltung Ebersberg.

TOP 2

Beschluss über die Haushaltssatzung und den
Haushaltsplan 2007 samt Anlagen

öffentlich

Eingangs fasste Bürgermeister Brilmayer kurz das Beratungsergebnis des vorangegangenen Finanz- und Verwaltungsausschusses vom 27.03.2007 zusammen. Hierbei teilte er mit, dass in den Vorberatungen grundsätzlich die einzelnen Haushaltsstellen besprochen wurden und dass dem Stadtrat eine einstimmige Beschlussfassungsempfehlung für den Haushalt 2007 vorliegt.

Anschließend führte Stadtkämmerer Napieralla Folgendes aus:

Der vorliegende Haushaltsplan 2007 wurde mit der Ladung am 16. April per Post zugesandt. Der nun vorliegende Haushalt beinhaltet: Haushaltssatzung, Vorbericht, Kurzerläuterungen, Gesamtpläne, sowie den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt selbst.

Als Anlagen waren beigefügt: Stellenplan, Übersicht über Schulden, Rücklagen und dauernde Leistungsfähigkeit, Diagramme, Haushaltsquerschnitt, Finanzplan, Gruppierungsübersicht, Investitionsplanung und Deckungsvermerk.

Die einstimmige Beschlussfassung des vorberatenden FiVA-Gremiums ist mit der Maßgabe verbunden, am Jahresende wieder einen evtl. verbleibenden Sollüberschuss der Rücklage zuzuführen.

Der Haushalt 2007 schließt nunmehr im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils € 18.396.000 und im Vermögenshaushalt mit jeweils € 8.928.000. Dies entspricht einer Gesamtsumme von € 27.324.000 und ist somit um 1.194.000 Mio. Euro höher als 2006.

Ausschließlich für rentierliche Wasser- und Kanalinvestitionen sind im Haushalt 2007 Kreditaufnahmen in Höhe von € 2.600.000 geplant. Ansonsten sind keine Kreditaufnahmen für die Stadt Ebersberg vorgesehen.

Haushaltsplanaufstellung, Haushaltsplanausgleich, kurze Stellungnahme zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt:

1. Haushaltsplanaufstellung

Der Haushalt 2007 wurde mit der Maßgabe aufgestellt: „alle benötigten Mittelanforderungen aus den einzelnen Fachabteilungen sind aufzunehmen“. So wurden im Vorfeld keine Abstriche bzw. Sparmaßnahmen durchgeführt, was nicht heißt, dass unnötige bzw. nur wünschenswerte Positionen Eingang gefunden hätten.

Der Verwaltungshaushalt des ersten Haushaltsentwurfs war ausgeglichen; im Vermögenshaushalt lag eine Unterdeckung in Höhe von € 2.794.000 vor.

Der Haushaltsentwurf wurde wie o. g. im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 27.03.2007 nach einzelnen Haushaltsstellen ausführlich erläutert und beraten. Deshalb kann eine erneute Erläuterung der Einzelsummen entfallen. Wie aber im einzelnen der Differenzbetrag in Höhe von € 2.794.000 im FiVA-Gremium ausgeglichen wurde, siehe bitte hierzu die Excelliste im Haushaltsvorbericht, Seite 9 und 10 (**Anlage 1 Vor- und Rückseite**).

2. Haushaltsplanausgleich

Der Haushalt 2007 war somit ausgeglichen. Wesentliche Daten des vorliegenden Haushalts wurden anhand von Übersichtsfolien am Tageslichtprojektor darstellt.

- Folie nach Rechnungsergebnissen (**Anlage 2**)
- Folie Gewerbesteuerverlauf (**Anlage 3 und 4**)
- Folie Zuführungsbeträge (**Anlage 5**)
- Folie Rücklagen (**Anlage 6**)
- Folie Schulden (**Anlage 7**)
- Folie Kreisdiagramm Verwaltungshaushalt (**Anlage 8**)
- Folie Kreisdiagramm Vermögenshaushalt (**Anlage 9**)

3. kurze Stellungnahme

zum Verwaltungshaushalt:

Hervorzuheben sind nach wie vor die vielzähligen freiwilligen Leistungen, welche im Verwaltungshaushalt veranschlagt sind und von der Stadt erbracht werden. Vor dem Hintergrund, dass bei der Mittelbeantragung für den Haushalt 2007 keine Sparmaßnahmen erfolgt sind und alle „notwendigen“ Wünsche“ eingebracht wurden, darf das Wort „Zufriedenheit“ erwähnt werden. Zufrieden deswegen, da wir auch durch Ihre Entscheidungen in der Vergangenheit das im Vergleich zu anderen Gemeinden durchaus auf hohem Niveau bestehende Leistungsspektrum unserer Stadt erhalten können. Gerne würde ich jetzt wieder die einzelnen freiwilligen Leistungen im Verwaltungshaushalt für unsere Bürgerinnen und Bürger vom Kleinkindes- bis zum Seniorenalter aufzählen, aber dies würde jetzt zu weit führen.

Freilich könnte man durch: noch mehr, noch besser, noch aufwändiger, noch funktionsgerechter, noch qualitativer, noch vielseitiger- viele unserer Angebote weiter ausweiten und

verbessern. Aber die sich daraus ergebenden Unterhalts- und Folgekosten und die damit zusammenhängende dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt müssen ebenso Berücksichtigung finden.

zum Vermögenshaushalt:

Auch in investiven Bereich kann man von Zufriedenheit sprechen. Ausgaben von über 7,3 Millionen Euro in den Bereichen: Allgemeine Verwaltung, Schulen, Kulturpflege, Soziale Sicherung, Gesundheit/Sport/Erholung, Bau-/Wohnungs- u. Verkehrswesen, öffentliche Einrichtungen (wie Abwasserentsorgung), wirtschaftliche Unternehmen (wie Wasserversorgung) zeigen, dass sich bei uns in Ebersberg „etwas tut“.

Hier nochmals kurz zusammengefasst, die Ausgaben einzelner Projekte:

• bewegliches Vermögen und Gebäudeumbau Brandschutz	€ 274.000
• bewegliches Vermögen und Gebäudeumbau Schulen	€ 578.000
• Sport/Hallenbad/Klostersee	€ 408.000
• Bau- /Wohnungs- und Verkehrswesen	€ 1.370.500
• Abwasserbeseitigung	€ 2.911.000
• Wasserversorgung	€ 451.000
• Hochbau (Bürgerhaus, Stadtsaal, ehem. Gesundheitsamt)	€ 980.000

Zum Schluss führte Stadtkämmerer Napieralla aus:

Insgesamt steht die Stadt derzeit auf finanziell gesunden Beinen. Die gegenwärtige Finanzlage ist gut. Mit der von Ihnen getragenen soliden und stabilen Finanzpolitik konnte in den beiden vergangenen Jahren, durch Schuldenabbau und Rücklagenbildung (auch für den jeweils folgenden Haushalt) die Grundlage der finanziellen Bewegungsmöglichkeit beibehalten werden. Aber ...-

wie im letzten Jahr beinhalten die Einnahmen im Vermögenshaushalt erneut hohe Erlöse aus Grundstücksgeschäften, welche für Investitionen auch wieder veranschlagt sind. In den kommenden Jahren werden diese Verkaufserlöse in gleicher Höhe voraussichtlich nicht zur Verfügung stehen, sodass damit Investitionen finanziert werden können. Bei gleich bleibenden Wirtschaftsparemtern -hier möchte ich nicht verschweigen, dass diese derzeit gut sind- ist der Vermögenshaushalt 2007 mit seinen Investitionsausgaben erst gesichert, wenn insbesondere die veranschlagten Grundstücksgeschäfte „Geschosswohnungsbau FEV“ und „Gewerbegebiet Ost“ abgewickelt sind.

Bleibt zum Schluss noch die auf uns zukommende, von der großen Koalition getragene, geplante Unternehmenssteuerreform zu erwähnen. Konkrete finanzielle Auswirkungen auf unsere zukünftigen Haushalte kann ich noch nicht erkennen. Aber nachdem die Gesamtsteuerlast der Unternehmen ab 2008 auf knapp unter 30% zurückgeführt werden soll, wird sich die Reform auf Kommunen voraussichtlich nicht mit Steuermehrausnahmen auswirken. Hinzu kommen Änderungen bei der Einkommensteuer für kleine und mittlere Unternehmen sowie weitere Änderungen, die Unternehmen entlasten, die ihre Gewinne im Unternehmen lassen. Letztendlich muss hier noch das laufende Gesetzgebungsverfahren abgewartet werden.

Vor diesem etwas noch ungewissen Ausgang der Reform, wie auch der Tatsache, dass nach guten auch wieder schlechtere Wirtschaftsjahre folgen werden, und dem Hinweis, dass höhere Steuereinnahmen zwei Jahre später wieder höhere Umlagenzahlungen folgen lassen, bin ich mir sicher, dass der mit Ihnen eingeschlagene Weg der Richtige ist:

1. Ausgaben im Verwaltungshaushalt eingrenzen, Haushaltsstellenüberschreitungen vermeiden,
2. mögliche Haushaltsüberschüsse in der Rücklage sichern, um auch in folgenden Haushaltsjahren Umlagenverpflichtungen bestreiten zu können und
3. und dann erst nötige und wichtige Investitionen bestreiten.

Zum Schluss bat Stadtkämmerer Napieralla -wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen-, die vorliegende Haushaltssatzung 2007, sowie den Haushaltsplan 2007 (mit Finanz- und Investitionsplanung) und allen sonstigen Anlagen zu beschließen. Der

Beschluss sollte -ebenso wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen- mit der Maßgabe verbunden sein, einen evtl. Sollüberschuss am Jahresende 2007 der Rücklage zuzuführen.

Für die Stadtratsfraktion der CSU hielt Stadtrat Florian Brilmayer u. a. Folgendes fest:

- obwohl der Finanz- und Verwaltungsausschuss bereits ausführlich über den Haushalt 2007 diskutiert und beraten hat, bietet die heutige Stadtratssitzung die Möglichkeit grundsätzliche Standpunkte der Finanzpolitik zu vertreten und zu begründen,
- nach den Sparhaushalten 2003 und 2004, als man noch Position für Position bzw. Haushaltsstelle für Haushaltsstelle auf Einsparungsmöglichkeiten überprüfen musste, bietet der Haushalt 2007 wieder Gestaltungsmöglichkeiten,
- finanziell ist die Stadt Ebersberg „gut gerüstet“ und man kann auch auf Grund der positiven Wirtschaftsprognosen wieder erleichtert in die Zukunft blicken,
- der derzeitige Wirtschaftsaufschwung hängt maßgeblich mit dem Ende der rot-grünen Bundespolitik unter Bundeskanzler Schröder zusammen,
- das Sparen in den vergangenen wirtschaftlich schlechteren Zeiten war der Grundstein für den jetzigen Finanzspielraum; es habe sich gelohnt und ist jetzt „früchtebringend“,
- die in den Sparhaushalten geschaffenen effizienteren Betriebs- und Ablauforganisationen (z. B. Betrieb im Museum Wald und Umwelt) zahlen sich jetzt aus,
- eines der höchsten Haushaltsvolumen mit einer „0-Verschuldung“ im unrentierlichen Bereich 2007 kann nur zustimmend zu Kenntnis genommen werden,
- die Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt mit der sich darstellenden „freien Spitze“, auch begründet durch eine solide Einnahmesituation, bietet einen gesicherten Blick in die Zukunft,
- vom sparsamen Wirtschaften, über konsequentes Schuldenabbauen in die nunmehr vorliegende Investitionstätigkeit war der richtige Weg,
- es war und ist weiterhin sinnvoll, „vorsichtige Haushaltseinnahmeansätze“ festzulegen,
- die sich nunmehr gut darstellende Finanzgrundlage der Stadt bietet die Möglichkeit die Großprojekte: Stadtsaal, Klostersee, Bahnhof mit Bahnsteigzugang West, in Angriff zu nehmen,
- die CSU-Fraktion wird aus den o. g. Gründen dem Haushalt 2007 zustimmen; nachdem die Vorberatungen im FiVA positiv mit einem einstimmigen Empfehlungsvotum abgeschlossen wurden, sollten nunmehr auch im Stadtrat die Fraktionen der SPD, der FWG und der Grünen einstimmig den Haushalt 2007 beschließen

Abschließend bedankte sich Stadtrat F. Brilmayer bei allen Beteiligten die geholfen haben den Haushalt 2007 aufzustellen (Stadtratskollegen/Innen, Bürgermeister, Verwaltung und Kämmerer).

Für die Stadtratsfraktion der SPD führte Stadtrat Mühlfenzel u. a. Folgendes aus:

- eine Haushaltsdebatte kann sich in der Tat als „Sternstunde“ zur gesamten Stadtpolitik darstellen,
- so war es auch aner kennenswert, das vorab sich ergebende „Wunschkonzert“ der Mittelanforderungen zu befriedigen,
- vorab kann schon mitgeteilt werden, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt 2007 zustimmen wird – dennoch gibt es einiges anzumerken, z. B.
- zum derzeit vorliegenden Wirtschaftsaufschwung sei nicht das Ende der rot-grünen Bundesregierung unter Leitung von Bundeskanzler Schröder maßgeblich, sondern vielmehr die noch von dieser Regierung eingeleiteten Reformen,
- lt. Haushaltsplan 2007 verbleibt für den Betrieb des Museums Wald und Umwelt immer noch ein Defizit von über € 100.000,

- es ist richtig, Ebersberg steht wieder in finanzieller Hinsicht auf soliden Beinen,
- hierbei sei auch die wiedererstarke Binnennachfrage maßgeblich, welche sich auch auf die Situation der Einkommensteuerbeteiligung der Stadt auswirke - beispielsweise sind hier die städtischen Großprojekte im rentierlichen Bereich: Hochwasserfreilegung oder Regenrückhaltebecken II zu nennen,
- für den rentierlichen Bereich sind die Projekte: Stadtsaal, Bürgerhaus und Klostersee finanziell große Ausgabeprojekte,
- zur Verschuldung im rentierlichen Bereich ist aber auch festzuhalten, dass auch diese Verschuldungszinsen von Ebersberger „Wasseranschluss- und Kanalanschlussbenutzer“ zu tragen sind,
- hinsichtlich der zukünftigen Parkplatzsituation am Klostersee sollte nachgedacht werden,
- der bereits jetzt erfolgte Beschluss zum Ausbau des Dachgeschosses des Bürgerhauses sei zu früh erfolgt; hier wäre eine gemeinsame Entscheidung mit der zukünftigen Nutzung des angekauften ehemaligen Gesundheitsamtes sinnvoller gewesen,
- für die Sanierung der „in die Jahre gekommenen“ Schulgebäude sollte mehr investiert werden,
- die SPD-Fraktion steht dem Gesamtkonzept „Bahnhof“ positiv gegenüber; vielleicht kann man hier auch einmal den umfunktionierten Bahnhofsbetrieb in Holzkirchen berücksichtigen,
- die im Haushalt 2007 dargestellte Haushaltsstelle: 630.950M533 „Geh/Radweg Dr.-Wintrich-Straße und Juz“ mit einem Gesamtansatz in Höhe von € 160.000 sollte getrennt auf zwei Haushaltsstellen aufgeteilt werden,

Hier nochmalige Darstellung der Mittelanforderung vom Bauamt:

a) Gehweg Dr.-Wintrich-Straße:	Planung + Vermessung	€ 25.000
	Baukosten:	€ 105.000
b) Gehweg Reischl/Juz:	Planung	€ 5.000
	Baukosten:	<u>€ 25.000</u>
		€ 160.000

- die SPD-Fraktion steht dem geplanten Bürgerbüro im EG des Rathauses positiv gegenüber,
- es sollte gelegentlich eine konkrete Personalplanung hinsichtlich der Führungskräfte in der Stadtverwaltung aufgezeigt werden (hierbei sollten schon jetzt Überstunden im 3-stelligen Bereich ausgeschlossen werden),
- hinsichtlich einer Sanierung und des Betriebs des Hallenbades sollte eine „Generaldiskussion“ im Stadtratsgremium stattfinden – ebenso gelte dies für ein geplantes Jugendsportzentrum in Ebersberg
- die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2007 zustimmen

Abschließend bedankte sich Stadtrat Mühlfenzel bei allen Beteiligten die geholfen haben den Haushalt 2007 aufzustellen (Stadtratskollegen/Innen, Bürgermeister, Verwaltung und Kämmerer).

Für die Stadtratsfraktion der FWG führte Stadtrat Martin Schechner sen. u. a. Folgendes aus:

- mit dem Haushaltplan 2007 ist die FWG-Fraktion einverstanden und wird zustimmen,
- eine „vorsichtige Haushaltsansatzplanung“ sei grundsätzlich weiterhin beizubehalten, da sicherlich in den kommenden Jahren auch wieder „schlechtere Zeiten“ anstehen werden,
- hinsichtlich der rentierlichen Schulden ist dem Vorredner zuzustimmen, dass es sich dennoch um Aufwendungen handelt, die die Ebersberger Bürger/Innen tragen müssen

Abschließend bedankte sich Stadtrat M. Schechner sen. bei allen Beteiligten die geholfen haben den Haushalt 2007 aufzustellen (Stadtratskollegen/Innen, Bürgermeister, Verwaltung und Kämmerer).

Für die Stadtratsfraktion der Grünen führte Stadtrat Berberich u. a. Folgendes aus:

- bereits aus der zeitlich zügigen Vorberatung im FiVA-Gremium habe man erkennen können, dass es derzeit der Stadt Ebersberg finanziell „gut geht“,
- die im ersten HH-Entwurf vorliegende, Anfangs z. T. bedenkliche Unterdeckung in Höhe von fast 2,8 Mio. Euro, konnte mit verständlich nachvollziehbaren Vorschlägen ausgeglichen werden, dennoch ist auf Folgendes hinzuweisen
- die mit finanziell großen Anstrengungen und erbrachten Leistungen zur Rettung des Klostersees waren richtig; dies gilt ebenso für die flankierenden Maßnahmen im Bereich der Ebersberger Weiherkette,
- die Kostensteigerung für die Maßnahme RÜB II von ursprünglich 1,2 Mio.Euro auf ca. 2 Mio. ist bedenklich,
- in Sachen Hochwasserfreilegung ist bemerkenswert, wie sich der Ablauf dieser Bau- maßnahme durch übergeordnete Behörden verzögert; auch hier ist durch den Gebäudeankauf Kumpfmühle und Kumpfmühlweiher eine erhebliche Kostensteigerung zu erkennen,
- auch der Wasserleitungsnotverbund mit Grafing wird mit einer Summe von € 700.000 haushaltsmäßig sehr aufwändig sein,
- in Sachen Hallenbad ist auch die Fraktion der Grünen dafür, gelegentlich eine Generaldiskussion im Stadtrat zu führen, denn mit dem diesjährigen HH-Ansatz von € 70.000 „komme man nicht weit“,
- der fortschreitende Klimawandel wird auch die Kommunen treffen, insofern wäre es u. a. sinnvoll z. B. die Schulgebäude energieverbrauchstechnisch zu überprüfen,
- der vom TA gewählte Planer für das zukünftige städtische Verkehrskonzept sein unpassend,
- die Kostenreduzierung beim DG-Ausbau im Bürgerhaus von € 500.000 auf € 450.000 sei nur schwer zu schaffen,
- der Bahnhof-Westzugang wird für die Stadt sehr teuer und zeitlich wird es zu erheblichen Verzögerungen kommen,
- insgesamt können wir ein bisschen Stolz sein, wie andere Gemeinden z. T. auf Ebersberg schauen
- in der Hoffnung das die Wirtschaftkonjunktur weiterhin gut laufe, es den Ebersberger Bürger/Innen gut gehe, wird die Stadtratsfraktion der Grünen dem Haushalt 2007 zustimmen

Abschließend bedankte sich Stadtrat Berberich bei allen Beteiligten, die geholfen haben, den Haushalt 2007 aufzustellen (Stadtratskollegen/Innen, Bürgermeister, Verwaltung und Kämmerer).

Zu den Reden der Fraktionssprecher gab Bürgermeister Brilmayer u. a. noch folgende Erläuterungen:

- die zukünftige geplante Staatsstraßenverkehrsführung in nord-südlicher Richtung ist völlig offen; jederzeit können neue und weitere Vorschläge gemacht werden,
- die Kostenreduzierung bei Bürgerhausdachgeschossausbau ergibt sich aus der voraussichtlichen nicht vollständigen Abrechnung in 2007; weitere bzw. die restlichen Kosten werden sicherlich noch in 2008 zum tragen kommen,
- die Baumaßnahmen im Bahnhofsbereich hinsichtlich Bahnsteigzugang West können erst beginnen, wenn die Bahn die Gleise nach norden verlegt hat – dann kann anschließend bzw. gleichzeitig von der Bahn der Bahnsteig verbreitert und der Bahnsteigzugang West in Angriff genommen werden,

- die Klosterseeentschlammung und die gleichzeitigen wasserverbessernden Maßnahmen entlang der Weiherkette waren in der Tat sehr wichtige und unbestrittene Entscheidungen der Stadt Ebersberg,
- hinsichtlich der Hochwasserfreilegung kann es erst weitergehen, wenn die derzeit geforderte Sonderartenuntersuchung abgeschlossen ist,
- eine „Generaldiskussion“ zum Betrieb bzw. Sanierung des städtischen Hallenbades im Stadtrat ist hilfreich,
- auch im Kleinen wird in der Stadt Ebersberg dem Klimawandel entgegengetreten, z. B. Umstellung und Energieeinsparung bei der Straßenbeleuchtung auf Gelblicht oder die Installation einer Stromerzeugungsanlage auf dem Gebäude der FFW Oberndorf,
- rentierliche Schulden müssen in der Tat auch von Ebersbergen Bürger/Innen getragen werden, aber für die teilweise bis zu 50 Jahre funktionierenden Investitionsmaßnahmen (Kanal- und Wasserleitungen) ist es auch nachvollziehbar und gerechtfertigt, dass diese Kosten nicht sofort auf die jetzigen/heutigen Kanal- und Wassergebührenzahler umgelegt und finanziert werden müssen,
- die im Haushalt 2007 dargestellte Haushaltsstelle: 630.950M533 „Geh/Radweg Dr.-Wintrich-Straße und Juz“ und einem Gesamtansatz in Höhe von € 160.000 wird im Protokoll nochmals gesondert dargestellt,
Hier nochmalige Darstellung der Mittelanforderung vom Bauamt:

b) Gehweg Dr.-Wintrich-Straße:	Planung + Vermessung	€ 25.000
	Baukosten:	€ 105.000
b) Gehweg Reischl/Juz:	Planung	€ 5.000
	Baukosten:	<u>€ 25.000</u>
		€ 160.000
- für mögliche 40 bis 50 Parkplätze auf Privatgrund in der Nähe des Klosterseebades laufen derzeit Vertragsverhandlungen,
- die zuletzt durchgeführte Prüfung durch den überörtlichen Prüfungsverband ergab insgesamt keine maßgeblichen Beanstandungen - im Gegenteil, der Prüfungsverband bestätigte der Stadt in finanziellen und verwaltungsorganisatorisch Belangen ein gutes Zeugnis

Nach einer kurzen abschließenden Diskussion beschloss der Stadtrat einstimmig mit 19 : 0 Stimmen -wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen-, die vorliegende Haushaltssatzung 2007, sowie den Haushaltsplan 2007 (mit Finanz- und Investitionsplanung) und allen sonstigen Anlagen. Der Beschluss ist -ebenso wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen- mit der Maßgabe verbunden, einen evtl. Sollüberschuss am Jahresende 2007 der Rücklage zuzuführen.

TOP 3

30. FNP-Änderung – Altmannsberg/Kumpfmühle;
 Behandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung
 Festlegung zum Umweltbericht
 Billigungs- und Auslegungsbeschluss

öffentlich

30. FNP-Änderung – Altmannsberg / Kumpfmühle;
 a) Behandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB
 b) Festlegungen zum Umweltbericht
 c) Billigungs- und Auslegungsbeschluss

öffentlich

a) Behandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).

Entsprechend dem Beschluss des Technischen Ausschusses vom 13.03.2007 wurden die o.g. Verfahren durchgeführt.
Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Die Behörden nahmen wie folgt Stellung:

Landratsamt Ebersberg, Schreiben vom 12.04.2007

Aus baufachlicher und naturschutzfachlicher Sicht bestehen zur vorgelegten Planung keine Bedenken.

Aus immissionsschutzfachlicher Sicht wird wie folgt Stellung genommen:

Der gesamte Bereich der vorgesehenen Ausweisungen sei bisher als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen, das heißt die hier befindlichen Immissionsorte seien im Außenbereich angesiedelt und hätten die Schutzwürdigkeit eines Misch- oder Dorfgebietes. Der Immissionsrichtwert für Gewerbelärm betrage nach TA-Lärm für vorgenannte Schutzwürdigkeit 60 dB(A) tagsüber bzw. 45 dB(A) nachts. Durch die nun beabsichtigte Wohnbauflächenausweisung erhalte das umgewidmete Gebiet eine höhere Schutzwürdigkeit, nämlich mindestens die eines allgemeinen Wohngebietes nach § 4 BauNVO. Der Immissionsrichtwert für Gewerbelärm betrage nach TA-Lärm für die vorgenannte Schutzwürdigkeit 55 dB(A) tagsüber bzw. 40 dB(A) nachts.

Ausgehend von den im Bebauungsplan Nr. 167 – MI Kumpfmühle – zur Festsetzung vorgegebene immissionswirksame flächenbezogene Schalleistungspegel von 66 dB(A) /m² (tags) und 51 dB(A) / m² nachts rechne sich am nächstgelegenen Immissionsort Kumpfmühle 2a Beurteilungspegel von 60 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts.

Dies entspreche der vor Ort bei Vollbetrieb des bestehenden Sägewerks messtechnisch ermittelten Geräuscheinwirkung.

Somit könne am Immissionsort Kumpfmühle 2a (FNr. 2729/13 Gmkg. Oberndorf) lediglich der Immissionsrichtwert für ein Mischgebiet eingehalten werden. Folglich würde durch den ermittelten Beurteilungspegel der Immissionsrichtwert für ein allgemeines Wohngebiet um 5 dB(A) tags wie auch nachts überschritten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es ist richtig, dass durch die geplante 30.Flächennutzungsplanänderung das Grundstück FINr. 2729/13, Gmkg. Oberndorf als Wohngebiet dargestellt werden soll. Es ist auch richtig, dass die Richtwerte nach der TA-Lärm für Wohngebiete um 5 db(A) geringer sind als für Misch- bzw. Dorfgebiete.

Nach Nr. 6.6 TA-Lärm ergibt sich die Art der Gebiete, also z.B Wohngebiet, Mischgebiet, usw., nach den Festlegungen in den **Bebauungsplänen**. Für den Fall, dass **der Bebauungsplan** keine Festsetzungen zur Gebietsart enthält oder kein **Bebauungsplan** vorhanden ist, enthält die TA-Lärm die Vorschrift, die Gebietsart nach der entsprechenden Schutzbedürftigkeit, das bedeutet, nach ihrem tatsächlichem Charakter, zu beurteilen.

Für das mit der 30.FNP-Änderung überplante Gebiet besteht kein Bebauungsplan. Somit ist die Gebietsart nach der entsprechenden Schutzbedürftigkeit zu beurteilen. Die UIB geht derzeit von einem Mischgebiet aus, weil eine Außenbereichslage gegeben ist. Dies ist auch korrekt.

Irrtümlich geht die Untere Immissionsschutzbehörde aber nun davon aus, dass mit der Änderung des **Flächennutzungsplanes** in ein Wohngebiet gleichzeitig auch eine Änderung von bisher Außenbereich in einen Innenbereich stattfindet. Dies geht fehl.

Tatsächlich bleibt es immissionsschutzrechtlich bei den bisherigen Grundlagen. Es ändert sich nichts.

Die Flächennutzungsplanung hat nach der TA-Lärm 1998 keinerlei Auswirkung auf die Frage, ob ein Grundstück dem Innen- oder Außenbereich zuzuordnen ist.

In dem konkreten Fall verbleibt also das Grundstück auch durch die Änderung der Flächenausweisung von bisher „Fläche für die Landwirtschaft“ in ein „Wohngebiet“ im Außenbereich und es sich auch weiterhin die dafür bisher geltenden Richtwerte der TA-Lärm anzuwenden.

Nachdem also keine Festsetzungen eines Bebauungsplanes bestehen und die Flächennutzungsplanänderung keine Änderung hinsichtlich der Außenbereichslage bringt, gelten dort nach wie vor die Immissionsrichtwerte eines Mischgebietes, also 60 dB(A) tags bzw. 45 dB(A) nachts. Diese können, wie oben erwähnt, eingehalten werden.

Einstimmig mit 19 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat den Vortrag der Verwaltung vollinhaltlich anzunehmen und den Einwand der Unteren Immissionsschutzbehörde zurückzuweisen, da sie irrtümlicherweise davon ausgeht, dass durch die Flächennutzungsplanänderung die als Wohngebiet vorgesehene Fläche nunmehr dem Innenbereich zuzuordnen sei.

Bay. Landesamt für Denkmalpflege, Schreiben vom 29.03.2007

Gegen die Planung werden seitens der Bodendenkmalpflege keine Einwände erhoben. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass evtl. zutage tretende Bodendenkmäler gem. Art. 8 Abs. 1 und 2 des Bayer. Denkmalschutzgesetzes der Meldepflicht unterliegen.

Einstimmig mit 19 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat, den Hinweis zur Kenntnis zu nehmen.

Kramer Markus – Kreisheimatpfleger, Schreiben vom 18.03.07

Es wird mitgeteilt, dass seitens der Heimat- und Denkmalpflege gegen die vorgelegte 30. FNP-Änderung keine Einwände bestehen.

Einstimmig mit 19 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat die Stellungnahme des Kreisheimatpflegers zur Kenntnis zu nehmen.

E.on Bayern AG, Schreiben vom 11.04.07

Es wird mitgeteilt, dass gegen die Planung keine grundsätzlichen Einwendungen bestehen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der Anlagen nicht beeinträchtigt wird. Weiter wurde festgestellt, dass eine bestehende 20-kV-Freileitung die den Freibereich kreuzt, im Plan nicht eingetragen ist.

Einstimmig mit 19 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat, die Planzeichnung um die Transformatorstation und die 20-kV-Freileitung als nachrichtliche Übernahme zu ergänzen. Im Übrigen wird festgestellt, dass durch die FNP-Änderung Bestand, Sicherheit und Betrieb der Anlage der E.ON Bayern AG nicht beeinträchtigt werden.

Amt für Landwirtschaft und Forsten; Schreiben vom 17.4.2007

Deutsche Telekom AG; Schreiben vom 14.03.2007

Erdgas Südbayern GmbH Ebersberg; Schreiben vom 04.04.2007

Die o.g. Träger öffentlicher Belange erheben gegen die Planung keine Einwände.

b) Festlegungen zum Umweltbericht nach § 2 Abs. 4 BauGB

Nach § 4 Abs. 2 BauGB legt die Gemeinde fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange des Umweltschutzes zur Abwägung erforderlich ist.

Wie aus den vorher behandelten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zu entnehmen ist, sind die Belange des Umweltschutzes durch den Um-

weltbericht i.d.F.v. März 2007 sowohl hinsichtlich Umfang als auch Detaillierungsgrad ausreichend ermittelt.

Im Hinblick auf die Stellung des Landratsamtes Ebersberg als Untere Immissionsschutzbehörde vom 12.4.2007 sollte der Umweltbericht zur Klarstellung jedoch hinsichtlich des Immissionsschutzes nochmals verdeutlichen, dass sich durch die Flächennutzungsplanung keine Änderung hinsichtlich der Zuordnung zum Außenbereich ergibt und damit auch keine anderen Immissionsrichtwerte gelten als bereits bisher.

Auch eigene Erkenntnisse, die weitergehende Ermittlungen erfordern, liegen nicht vor.

Einstimmig mit 19 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat, den Umweltbericht i.d.F.v. März 2007 mit der noch einzufügenden Klarstellung hinsichtlich der anzuwendenden Immissionsrichtwerte in das Verfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB zu geben.

Aufgrund eigener Erkenntnisse und der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist erkennbar, dass eine Ausweitung des Umfangs und eine weitere Detaillierung der Belange des Umweltschutz über den Umweltbericht i.d.F. vom März 2007 hinaus, mit Ausnahme der o.e. Klarstellung, nicht erforderlich ist.

c) Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Einstimmig mit 19 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat, die 30. FNP-Änderung samt Begründung und dem Umweltbericht i.d.F.v. März 2007 unter Berücksichtigung der vorher beschlossenen Ergänzungen zu billigen.

Der Plan, Begründung und Umweltbericht sind nach Ergänzung gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

TOP 4

Erlass einer Sondernutzungssatzung;
Satzung über die Erlaubnisse für Sondernutzungen an öffentlichem
Verkehrsraum der Stadt Ebersberg r
öffentlich

Dem Stadtrat liegt ein vom FiVA empfohlener Entwurf einer Sondernutzungssatzung zur Entscheidung vor. Bgm. Brilmayer erläuterte hierzu, dass die Satzung nur einen Baustein zur Bewältigung des Problems in der Altstadtpassage darstellt. Parallel hierzu sind weiterhin jugendpädagogische Maßnahmen erforderlich. Insbesondere soll das bisher betriebene Konfliktmanagement fortgeführt werden. Darüber hinaus ist nach Auffassung der Städte Ebersberg und Grafing auch der Landkreis zu einem weitergehenden Engagement aufgefordert. Ebenso wollen die Jugendpfleger von Ebersberg, Grafing und Aßling in den Schulen ein Präventionsprogramm gegen Alkoholmissbrauch durchführen, für das auch versucht werden soll, Drittfördermittel zu erhalten. Zur Finanzierung soll die Stadt im Haushalt des Sachgebiets Kinder-Jugend-Familie zusätzlich 5.000,-- € bereitstellen.

Auf Anfragen aus der Mitte des Stadtrats wurden dem Stadtrat von der Verwaltung die inhaltlichen Regelungen der Satzung im Detail erläutert.

Von der SPD-Fraktion wurde bemerkt, dass sie die Satzung wegen ihrer schwer verständlichen Formulierung, dem für die Verwaltung damit verbundenen Arbeitsaufwand sowie der enthaltenen Bewehrungsregelung ablehne. Sie vertrat ferner die Auffassung, die Polizei könne auch ohne den Erlass dieser Satzung ausreichend handeln. Auch sei die Satzung zur Fortführung der jugendpädagogischen Maßnahmen nicht erforderlich.

Demgegenüber wurde im Stadtrat darauf hingewiesen, dass der isolierte Versuch, das Problem nur mit jugendpädagogischen Maßnahmen in den Griff zu bekommen, in der Vergangenheit gescheitert sei. Der Erlass der Satzung als Teil eines Gesamtpaketes sei deshalb richtig und erforderlich. Abschließend wurde angeregt, die Effektivität der Regelung in ca. 2 Jahren zu überprüfen.

Der Stadtrat beschloss mit 13 : 6 Stimmen, die von der Verwaltung vorgelegte Satzung entsprechend der Empfehlung des Finanz- und Verwaltungsausschusses zu erlassen.
Auf Antrag wird vermerkt, dass Frau StRin Rauscher der Satzung wegen ihrer umfassenden Regelung nicht zugestimmt hat.

TOP 5

Verschiedenes

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer:

Herr Bürgermeister Brilmayer teilte dem Gremium mit, dass Herr Stadtrat Schuder durch den Verkauf der Klostersee-Anstecknadeln eine erst Spende in Höhe von € 750 an die Stadtkasse übergeben hat.

Stadtrat Mühlfenzel:

- a) Es sollte überprüft werden, ob die geplante Neuanschaffung für zwei Feuerwehrautos auch über „Leasing“ finanziert werden könnte.
- b) Das im Theaterhof für Werbezwecke abgestellte Auto solle bitte entfernt werden.
- c) Ob durch die vorliegende witterungsbedingt Trockenheit Gefahren oder Risiken für die Wasserversorgung der Stadt bestünden?

Antwort: Dies wird laufend vom städtischen Wassertechniker überprüft und kann derzeit ausgeschlossen werden.

Stadtrat A. Schechner:

Stadtrat Schechner bedankte sich bei den ehrenamtlichen Helfern und Gönnern, die geholfen und gespendet haben, eine neue Holzbrücke am Langweiher zu errichten.

Stadtrat M. Schechner jun.:

Es sollte überprüft und festgehalten werden, dass der Hagebaumarkt, die von ihm bei der Gebäudeerrichtung beschädigte Straße nach Oberndorf, technisch wieder einwandfrei repariert bzw. hergestellt.

Antwort: Wurde bereits vom Stadtbauamt veranlasst.

Stadträtin Rauscher:

Auf die Elsa-Plach-Straße sollte baldmöglichst der endgültige Teerbelag aufgebracht werden, damit ggf. auch Maßnahmen zur Höchstgeschwindigkeitseinhaltung getroffen werden können.

Antwort: Die Straße wird noch heuer fertig gestellt und es ist vorgesehen, zu Beginn der Tempo 30 Zone eine Bodenschwelle aufzubringen.

TOP 6

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Keine Wortmeldungen

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 22.00 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

Napieralla
Schriftführer (Top 1,2,5)

König
Schriftführer